

Die Pandemie macht keine Pause, die Politik schon

Die Wiener Stadtregierung hat sich im Sommer eine Auszeit genommen – eine Auszeit von der Politik. Für viele Wienerinnen und Wiener führt dieses Timeout jedoch in einen ungewissen Herbst.

Wir Freiheitliche haben die sitzungsfreie Zeit genutzt, um bei zahlreichen Veranstaltungen, wie etwa den Donaustädter Sommergesprächen mit den Wienerinnen und Wienern Gespräche zu führen. Wir wollen wissen, was die Menschen in unserer Stadt bewegt, wo die Sorgen und Nöte liegen, um im Herbst dementsprechend zu agieren.

Wir lassen die Wiener Stadtregierung nicht aus der Verantwortung und setzen rund um die Themen, die uns von den Wienerinnen und Wienern mitgegeben wurden, Schwerpunkte. Dazu zählt allen voran die Sicherheit in der Stadt – wir werden weiterhin entschieden gegen die neuerliche, unkontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan einstehen. Die Kriminalitätsstatistik gibt uns Recht, denn sie belegt, dass über 10 Prozent der inhaftierten jungen Männer aus diesem Land kommen. Wir wollen keinen weiteren Import von Gewalt und Kriminalität!

Des Weiteren wollen wir einen leistbaren und gerecht verteilten, sozialen Wohnbau. Es kann nicht sein, dass Nicht-Österreicher und Asylberechtigte quasi auf Fingerschnips zu günstigen Gemeindebauwohnungen kommen, während Wienerinnen und Wiener monatelang auf Listen stehen oder in alten, längst sanierungsbedürftigen Wohnungen eine Mieterhöhung nach der anderen schlucken müssen.

Letztendlich erwartet uns auch heuer wieder ein heißer Corona-Herbst. Die vermeintlich harte Linie von Bürgermeister Ludwig und Gesundheitsstadtrat Hacker hat aus epidemiologischer Sicht nichts gebracht. Die Zahlen sind neuerlich gestiegen, gleichzeitig werden die Wienerinnen und Wiener mit offensichtlich sinnlosen Maßnahmen schikaniert. Auch hier werden wir weiterhin den Finger auf die Wunden legen und die verpatzte Politik der SPÖ aufzeigen und Initiativen dagegensetzen. Menschen gegeneinander ausspielen, um alle indirekt zum Impfen zu zwingen ist durchschaubar. Dabei werden wir nicht tatenlos zusehen.

Ich freue mich auf einen heißen, politischen Herbst,

Euer

Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... im Zeitraum der türkis-grünen Pandemie- und Lockdownmaßnahmen die Beratungen von jungen Menschen mit Suizidgedanken um bis zu 20% gestiegen sind?

(Quelle: Rat auf Draht)

Bleib´ auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Sozialer Wohnbau nur für Wiener – die Zeit ist reif!

Seit Jahrzehnten rühmt sich Wien die Stadt des sozialen Wohnbaus zu sein. Leistbare Wohnungen in gut angebundenen Lagen war das Credo der Sozialdemokratie der 70er Jahre. Doch lang vorbei sind die Zeiten, in denen günstiger Wohnraum den Wienerinnen und Wienern ausreichend zur Verfügung gestanden ist.

Gebrochene Versprechen bei der Neuerrichtung von Gemeindebauten, Mietzinserhöhungen und ein Sanierungsrückstand – das ist die wahre Bilanz des Wiener Wohnbaus Anfang der 20er Jahre des neuen Jahrtausends. 18.033 Wienerinnen und Wiener warten aktuell auf eine Gemeindewohnung. Das sind 27 Prozent mehr als im vorigen Jahr. Bei den Jungwienern beträgt der Anstieg sogar 51 Prozent! Die mangelnde Bauleistung der Stadt lässt zudem nicht auf eine baldige Entspannung hoffen. Gleichzeitig wird es Nicht-Österreichern offenbar um einiges leichter gemacht, an günstigen Wohnraum zu kommen, wie Erhebungen des Integrationsfonds Österreich zeigen.

Insgesamt stieg die Zahl der Bewohner in Wiener Gemeindewohnungen in den Jahren von 2007 bis 2016 um 7,8%. Allerdings ist die Zahl der Bewohner ohne Migrationshintergrund um 12,8% gesunken, während ein deutlicher Anstieg von zugewanderten Bewohnern zu verzeichnen ist: Bei Bewohnern aus EU-Staaten stieg die Zahl um 11,4%, bei denjenigen aus Drittstaaten sogar um 37,2%.

Gerade in Zeiten der Pandemie, in der durch das Versagen der Bundes-, aber auch der Landesregierung zahlreiche Menschen an den Rand ihres wirtschaftlichen Ruins getrieben wurden, liegt es in der Verantwortung der Stadt für günstigen Wohnraum zu sorgen. Seit Jahren wird den Wienern versprochen, ausreichend Wohnungen zu errichten und bestehende Gemeindebauten endlich zu sanieren.

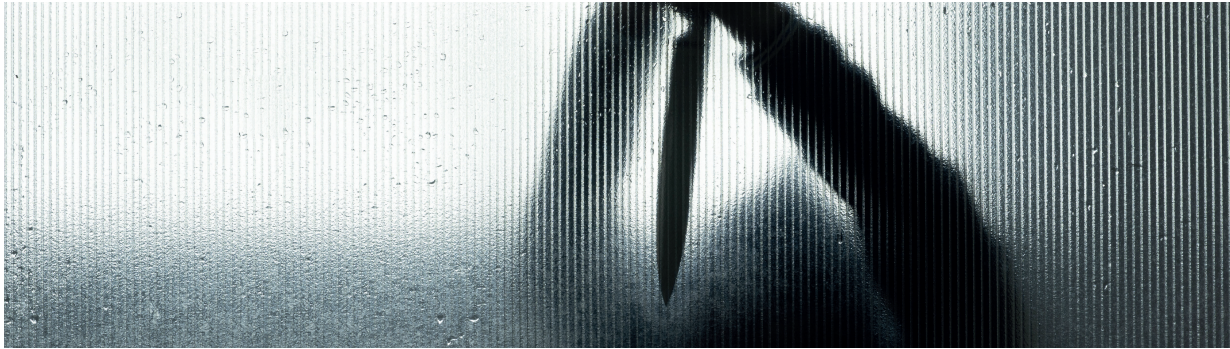
Ist eine Wahl jedoch geschlagen, hat man im Rathaus darauf auch schon wieder vergessen.

Im Wahlkampf 2020 behauptete Bürgermeister Ludwig, die rote Wohnbauoffensive würde auf vollen Touren laufen. Bis Ende 2020 hätten rund 4.000 Gemeindewohnungen NEU auf Schiene gebracht werden sollen – wie schon 2016 und 2018 angekündigt. 2020 wurde jedoch lediglich ein Bauvorhaben mit 123 Wohneinheiten in Wien-Meidling realisiert.

Wir werden diesen Herbst einen Schwerpunkt auf das Thema Wohnbau setzen, Bürgermeister Ludwig und Stadträtin Gaal nicht aus der Verantwortung lassen. Wir werden weiter für eine Bevorzugung der echten Wiener im Wohnbau kämpfen,

**Euer
Maximilian
Krauss**





Der Bürgermeister will weitere Flüchtlinge aufnehmen

Wer schützt unsere Frauen?

Gewalt von Migranten ist ein massives Problem in der Bundeshauptstadt, das beinahe zum Alltag der Wiener gehört. Erneut wurden zwei Frauen zum Opfer einer falschen Willkommenspolitik der Wiener SPÖ sowie der ÖVP.

Der tragische Doppelmord zweier Frauen durch einen asylberechtigten Somalier, der bereits zweimal polizeilich auffällig wurde – eine Anzeige hätte es wegen eines Sexualdelikts gegeben – hätte nicht geschehen müssen, würde ÖVP-Innenminister Nehammer nicht nur leere Versprechen machen, sondern diese auch einhalten und gewalttätige Asylwerber bzw. Asylberechtigte rigoros abschieben. Frauen müssen besser geschützt werden, Männer die Gewalt gegen sie als kulturell Normalität ansehen, haben unser Land unverzüglich zu verlassen!



Frauenmorde in Österreich:

2015:	17	2019:	39
2016:	28	2020:	31
2017:	36	2021 bis Mitte	
2018:	41	September:	21

Der Wiener FPÖ-Landtagsklub hat aus diesem Grund in der vergangenen Sitzung einen Antrag eingebracht, der sich gegen eine weitere Aufnahme von asylsuchenden Afghanen in Österreich ausspricht.

Unsere Stadt verträgt nicht noch mehr Zuwanderer, die sich weder an unsere Regeln noch Gesetze halten!



Die Fakten:

- ➔ 2020 wurden wegen Sexualdelikten 189 Afghanen ermittelt. Diese Personen sind an Vergewaltigungen besonders oft beteiligt. 47 Afghanen wurden wegen Vergewaltigung angezeigt. Das sind 11 Mal mehr als österreichische Staatsbürger
- ➔ Ein afghanischer Gerichtsgutachter schätzt, über 50 Prozent der minderjährigen Asylwerber seien in Wirklichkeit volljährig.
- ➔ Die Abschiebung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist nicht möglich!
- ➔ Auch bei Körperverletzung steigt die Zahl der angeklagten Afghanen: 858 Fälle
- ➔ Über 10 Prozent der jungen Straftäter in Haft kommen aus Afghanistan

Die Impfung

vom vermeintlichen Gamechanger zum Spaltpilz der Gesellschaft

Die Wiener Landesregierung lässt nichts unversucht, um die Bevölkerung zum Impfen zu zwingen. Seit Wochen geistert das Horror-Szenario der überfüllten Intensivbetten durch die Medien. Als Allheilbringer verkauft die Stadtregierung weiterhin die Impfung – für alt und jung! Dementsprechend weitete sich das Corona-Impfangebot in Wien nahezu täglich aus, um auch leichter zu freiwilligen Impfungen zu kommen. Diese Freiwilligkeit gilt es um jeden Preis aufrecht zu erhalten, da verschiedene Gründe die Menschen nach wie vor von dem Stich abhalten.

Die Bedenken der Wienerinnen und Wiener dürfen nicht ignoriert, sondern müssen ernst genommen werden. So ist es auch nicht zulässig, dass z.B. durch Gruppendruck und Repressalien die Zahl der Impfungen gesteigert werden soll. Nicht zuletzt ist die sogenannte „freie“ mediale Berichterstattung sehr zu hinterfragen, da über die, in der Bevölkerung vorhandene Skepsis und die auch berechtigten Zweifel gegenüber der Impfung, nicht im selben Ausmaß berichtet wird als darüber, dass die Impfung der Lösung letzter Schluss sein soll.

Vor allem Kinder sollten nicht der Beeinflussung von Lehrern und dem Druck der Mit-

schüler ausgesetzt sein. Dieser Manipulation treten wir mit allen verfügbaren Mitteln entgegen. Deshalb haben wir in der letzten Landtagssitzung eine Reihe von Anträgen eingebracht, deren politische Umsetzung gerade Kinder und Jugendliche vor einer Politik der Willkür schützen sollen. Dazu zählt etwa ein Ende der Maskenpflicht im Schulgebäude. Die jüngsten unserer Gesellschaft dürfen nicht zu den ewigen Buh-Männern der Pandemie und zu angeblichen Todesengeln für Eltern und Großeltern stilisiert werden. Wir sehen es als unsere Verantwortung, ihnen den Raum und die Sicherheit zu geben, eine sorgenfreie Zeit erleben zu können.



Haben sich Ihre Kontaktdaten geändert?



Dann teilen Sie uns das bitte mit. Damit helfen Sie uns, unsere Datenbank auf dem aktuellsten Stand zu halten.

Die Mitteilung können Sie entweder per Mail an die Landesgeschäftsstelle **lgst.wien@fpoe.at**, telefonisch unter **01/405 75 60** oder postalisch mit dem unteren Abschnitt richten.

Selbstverständlich werden Ihre Daten wie immer vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.



Ergeht an die
FPÖ-Landesgeschäftsstelle Wien
Rathausplatz 8
1010 Wien

Vor- und Nachname:

Tel.:

Adresse:

E-Mail: